

erschint wöchentlich
einmal: Freitag.
Kriegszeit: Die fünfzehntägige
Beilage 10 Pf.
Für die Ortsvereine 10 Pf.
Im Abonnement nach
Vereinbarung.
Schluss der Redaktion:
Dienstag Mittag.

Die Stimme

Abonnement
vierteljährlich 1,- Mark
bei jedem Postamt und in der
Expedition.
Eingetragen in der
Post-Zeitungspreisliste.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55,
Greifswalderstr. 221/223.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-V.)

Nr. 24

Berlin, den 12. Juni 1914

25. Jahrg.

Verlags- und
Druckerei, 4720

Korrespondenzen für Redaktion und Expedition sind an M. Schumacher, Greifswalder Straße 221/223, Geldsendungen an W. Zelle, Greifswalder Straße 221/223, zu adressieren.

Verlags- und
Druckerei, 4720

Inhaltsverzeichnis. Unsere 14. Generalversammlung. — Wichtige Tagungen. — Der Deutsche Holzarbeiterverband. — Tagung der Wirtschaftsfriedlichen. — Zur Arbeitsnachweisfrage. — Krankenlasten-Wirrwarr. — Rundschau: Die Errichtung eines Reichseinkunftsamts. Was die Bodenreform einer deutschen Mittelklasse einbringt. Ein Sozialdemokrat für das stehende Heer. — Feuilleton: Mahagoni, Ebenholz, Polisaner und andere exotische Holz- und Edelholzarten. — Patentschau. — Aus den Ortsvereinen: Berlin. — Lohnbewegung. — Literarisches. — Briefkasten. — Verlorene Quittungsbuch. — Versammlungen des Ortsvereins Berlin. — Anzeigen.

Unsere 14. Generalversammlung.

I.
Die Brudervereine, die Gewerkschaften der Maschinenbauer und Metallarbeiter und der Schuhmacher und Lederarbeiter haben ihre Generalversammlung beendet und die Wahlen des Verbandshauses eröffnet und die Wahlen des Verbandshauses eröffnet und die Wahlen des Verbandshauses eröffnet...

Werte Kollegen und Gäste!

Zum 14. Male treten die Vertreter unseres Gewerkschaftsvereins zusammen, um die Erfahrungen der hinter uns liegenden Zeitperiode auszutauschen und das Ergebnis in Form von Beschlüssen, nach denen in der Zukunft gearbeitet werden soll. Ich heiße Sie im Namen des Hauptvorstandes herzlich willkommen! Aus räumlichen Gründen und, weil in der Pfingstwoche so viel Kongresse und Tagungen stattfinden, haben wir die Generalversammlung 8 Tage später einberufen. Dieser Beschluss wurde vom Hauptvorstand unter Hinzuziehung der auswärtigen Mitglieder mit 17 gegen 3 Stimmen gefasst.

Von den gewählten Abgeordneten sind 15 Kollegen zum ersten Mal auf der Generalversammlung; sie werden schon in den nächsten Tagen zu der Ueberzeugung kommen, daß ihre Arbeit hier zwar eine Abwechslung, aber keine Erholung ist. Der Verband der Deutschen Gewerkschaften hat den Kollegen Lewin als Vertreter entsandt, welcher im „Verbandsorgan“ unserer Tarifbewegung von jeher das größte Interesse entgegengebracht hat. Auch ihn begrüße ich!

Unsere Tagung fällt in eine Zeit, wo die Arbeitslosigkeit in unserem Beruf sehr groß ist, um so schwieriger wird es sein, allen Wünschen der Kollegen gerecht zu werden. Die Zeit einer großen Lohnbewegung liegt hinter uns, das Jahr 1913 ist vorüber. Es ist eine große Erschütterung in der Holzindustrie vorübergegangen, aber neue Kämpfe werden kommen. Auf diese müssen wir uns vorbereiten. Die Aufgabe der Generalversammlung ist es, das Interesse des Gewerkschaftsvereins mit den Interessen der Mitglieder derartig in Einklang zu bringen, daß beide Teile gut dabei fahren. Der einzelne Abgeordnete ist hier nicht lediglich der Vertreter seines Ortsvereins oder Bezirks, sondern in erster Linie Vertreter des Gewerkschaftsvereins. So wollen wir denn in diesen Tagen gemeinsam arbeiten und Beschlüsse fassen, die der Gesamtheit zum Segen gereichen. Guter Wille, Ausdauer, Eifer und Fleiß muß uns befeelen. Ergeben sich Meinungsverschiedenheiten, so müssen wir konstatieren können: „Jeder hat das Beste gewollt.“ In dieser Hoffnung erkläre ich im Namen des Hauptvorstandes die 14. ordentliche Generalversammlung für eröffnet.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit nachstehender Abgeordneten: Voller-Stolz, Roska-Danzig, Friedrich-Hagen, Hinz-Thorn, Gill-Berlin, Ruff-Berlin, Damm-Görlitz, Pleistischer-Stettin, Fischer-Rathenow, Proschinski-Hamburg, Diebold-Beitz, Rother-Breslau, Müller-Freiburg, Bodner-Raumburg, Exner-Döbeln, Bartkowiak-Duisburg, Landau-Hagen, Treu-Fürth, Seeger-Augsburg, Wiedersack-Siberach. Außerdem sind noch die Bezirksleiter Vollmann, Proczkowski, Daun und Bornholt anwesend. Der Hauptvorstand ist vertreten, durch die Kollegen Schumacher und Zelle. Von den Hauptredatoren ist Kollege Feist anwesend. Als

Vertreter des Gesamtverbandes der Deutschen Gewerkschaften wohnt der Kollege Lewin den Verhandlungen bei.

Lebhaftes Bedauern sprach der Vorsitzende über die neue Erkrankung des Verhandlungsleitenden, Kollegen Goldschmidt, aus und erbat sich die Ermächtigung, im Namen der Vorversammlung demselben das gedruckte Bedauern über die Erkrankung mitzuteilen und gleichzeitig den Wunsch auf baldige vollständige Genesung zu übermitteln.

Die Bureauwahl ergab folgendes Resultat: Ruff-Berlin erster, Treu-Fürth zweiter, und Pleistischer-Stettin dritter Vorsitzender. Als Schriftführer wurden Bartkowiak-Duisburg und Fischer-Rathenow gewählt. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit sämtlicher Abgeordneten. An Stelle des Kollegen Casper war Rother-Breslau anwesend. Von Bremen lag ein Wahlprotokoll vor, der aber als unbegründet zurückgewiesen wurde. Begrüßungs-telegramme waren eingegangen von den Kollegen Goldschmidt und Erkelenz. Beide waren durch Krankheit an ihrem Erscheinen verhindert. Ferner ein Glückwunschtelegramm aus Hagen. Der als Vertreter des Zentralrats anwesende Kollege Lewin ergriff nunmehr das Wort zu folgender Ansprache:

Meine Herren Abgeordneten! Werte Verhandlungskollegen! Es ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, Ihre 14. ordentliche Generalversammlung im Namen des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften willkommen zu heißen. Ich begrüße Sie also auf das allerherzlichste und verknüpfe gleichzeitig damit die aufrichtigsten Wünsche für einen guten und erfolgreichen Verlauf Ihrer Tagung. Mögen die von Ihnen gefassten Beschlüsse dazu beitragen, den Gewerkschaften der Holzarbeiter nach innen und außen zu festigen und damit auch das Ansehen und die Bedeutung der Gesamtorganisation zu heben.

Es ist in kurzer Zeit das dritte Mal, daß ich die Ehre habe, einen Delegiertentag oder eine Generalversammlung zu begrüßen. Auch heute möchte ich nicht verjäumen, darauf hinzuweisen, daß dieser Tagung eine besondere Bedeutung zukommt. Ihre Generalversammlung fällt in eine Zeit, in der von allen Seiten die Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter Sturm laufen. Sie fällt aber auch in eine Zeit, in der das deutsche Wirtschaftsleben schwer darniederliegt und die deutsche Arbeiterschaft unter einer harten Krise leidet. Ganz besonders die in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter können ein trauriges Lied davon singen. Die Arbeiter erkennen aber in einer solchen Zeit auch, daß ihr bester Freund die Organisation ist. Deshalb muß diese Situation auch für unsere Sache ausgenutzt werden. Den Abgeordneten der Generalversammlung ist damit eine große Verantwortung übertragen. Sie müssen alles aufbieten, den Indifferenten den Weg zur Organisation zu erleichtern, und vor allen Dingen darauf bedacht sein, den Gewerkschaften finanzielle Leistungsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit zu machen. Auf die jetzigen schlimmen Zeiten werden sicherlich bessere folgen, in denen der Arbeiter versuchen muß, das wieder zu gewinnen, was man ihm jetzt genommen oder vorenthalten hat. Das kostet Kämpfe, und Kämpfe kosten Geld. Damit ist die Richtlinie gegeben, nach der die Abgeordneten handeln müssen. Mögen Sie, meine Herren Delegierten, die Zeichen der Zeit richtig verstehen! Mögen Sie sich in Ihren Beratungen lediglich leiten lassen von dem Interesse des Allgemeinwohls. Dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben, den ich Ihnen von ganzem Herzen wünsche für Ihren Gewerkschaften und unsere Gesamtorganisation.

Nach einigen geschäftlichen Erörterungen war somit die Vorversammlung beendet. Anschließend hieran folgte dann die Begrüßungsfeier. Die Berliner Kollegen hatten sich es auch diesmal nicht nehmen lassen, alles aufzubieten, um den auswärtigen Kollegen die wenigen Stunden so angenehm wie möglich zu machen. Die Gewerkschaftsliedertafel erfreute mit ihrem Gesang. Auch für Humor war gesorgt, so daß die Zeit nur zu schnell verging. Am andern Tage wurde dann in die eigentlichen Beratungen getreten, über die wir eingehend berichten werden.

Wichtige Tagungen.

In der Pfingstwoche hielten die beiden Brudervereine, der Gewerkschaften der Maschinenbauer und Metallarbeiter und der Gewerkschaften der Schuhmacher und Lederarbeiter ihre Generalversammlungen ab, die beide einen sehr günstigen Verlauf nahmen. Die Hauptversammlung der Maschinenbauer wurde durch einen Vortrag des Herrn Dr. Seyde über das gefährdete Koalitionsrecht eröffnet. Hierzu wurde nachstehende Resolution angenommen: „Der Delegiertentag erblickt in der Koalitionsfreiheit eine wirtschaftliche, sittliche und staatliche Notwendigkeit.“

Er kann in den §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung keine zureichende und ausreichende Rechtsgrundlage der Koalitionsfreiheit erblicken und fordert die Beseitigung von § 152 Abs. 2 und § 153.

Er erwartet von den Verwaltungsbehörden, insbesondere Preußens, daß sie das Koalitionsrecht endlich im Geiste der Gerechtigkeit und Verhältnismäßigkeit anwenden.

Der Delegiertentag verurteilt aufs schärfste die Klassenkämpferischen und staatsgefährlichen Bestrebungen zugunsten vermehrter Schuges der sogenannten Arbeitswilligen. Er hält das Streikpostensystem für ein unentbehrliches Kampfmittel der Arbeiterschaft, dessen Verbot die Ungleichheit der Machtverhältnisse zum Nachteil der Arbeitnehmer ins Unerträglichste steigern würde.

Der Delegiertentag bedauert, daß die Reichsregierung dem Treiben der Scharfmacher keinen kraftvollen sozialreformistischen Willen entgegenstellt, und daß sie nichts tut, um die Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit der Arbeiterberufsvereine zur Durchführung zu bringen.

Einen zweiten Vortrag hielt Kollege Siegler über „Stillstand in der Sozialpolitik“. Auch dieser mit großem Beifall aufgenommene Vortrag endete mit Annahme folgender Resolution:

„Die Fortführung und Weiterentwicklung der Sozialpolitik ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Wenn auch durch die bisher geschaffenen sozialpolitischen Gesetze und Einrichtungen manches Gute erreicht worden ist, so liegt aber doch auf vielen Gebieten die zwingende Notwendigkeit zum Ausbau und zur Weiterführung der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung vor. Der Delegiertentag des Gewerkschaftsvereins der Deutschen Maschinenbauer- und Metallarbeiter erhebt daher entschiedenen Einspruch gegen alle Versuche, die einen Stillstand oder eine Ruhepause auf dem Gebiet der Sozialreform herbeiführen wollen. Der Delegiertentag bedauert lebhaft, daß auch seitens der Regierung Erklärungen abgegeben wurden, die einer Ruhepause in der Betätigung der Sozialpolitik das Wort reden, weil die Förderung der Volksinteressen nur durch eine energische Weiterführung der Sozialreform gewährleistet werden kann.“

Zweck und Ziel einer wahren Sozialpolitik muß auf die Herbeiführung und Erhaltung höchster Leistungsfähigkeit unseres Volkes gerichtet sein, die notwendig ist, um der deutschen Arbeit neue Absatzmöglichkeiten auf dem Weltmarkt zu verschaffen. Gerechtigkeit und Schutz der wirtschaftlich Schwachen ist der Weg hierzu.

Der Delegiertentag richtet daher an die gesetzgebenden Körperschaften das dringende Ersuchen, allen Bestrebungen, die auf eine Einschränkung der sozialpolitischen Betätigung hinauslaufen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten und der Sozialpolitik die größtmögliche Förderung anzudeuten zu lassen.“

Der Geschäftsbericht ergab eine wesentliche Steigerung der Mitgliederzahl gegenüber dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, der nach seinen eigenen Angaben über 16000 Mitglieder verloren hat. Beschlossen wurde eine allgemeine Beitrags-erhöhung um 5 Pf.

Die Hauptversammlung der Schuhmacher und Lederarbeiter wurde durch einen Vortrag des Kollegen Erkelenz über: „Aus dem Zukunftstaat der Scharfmacher“ eröffnet. Hierzu wurde nachstehende Resolution angenommen:

fallen auf Arbeitslosenunterstützung 70.247,70 M., auf Streit- bzw. Maßregelungsunterstützung 45.687,90 M., auf Ueberlebendengeldern 4.621,94 M., Reise- und Wanderunterstützung 4.502,58 M., Rechtschutz 4.584,10 M. und auf Begräbnisbeiträge 7575 M. Außerdem wurden aus den Sozialfonds 105.59.332,71 M. an Unterstützungen gezahlt.

Der Hauptreferent, Kollege Feist, erkannte die gewissenhafte Geschäfts- und Kassensführung an und beantragte im Namen der Hauptreferenten, dem Schatzmeister die Entlastung zu erteilen.

eine große Rolle spielen, weshalb es notwendig ist, Ihre Einwirkung schon jetzt volle Aufmerksamkeit zu schenken. Unersetzlich ist ein Handlungsbereitschaft der einzelnen Ortsvereine mit der Hauptleitung, Vorbedingung dafür schmerzliche Berichterstattung über alle Vorgänge. Der Referent erörterte weiterhin die zu beobachtende Laxität in Lohnkämpfen und kam zu dem Schlusse, daß der Gewerkschaften der Holzarbeiter trotz seiner numerischen Schwäche einen gewichtigen Faktor in der Arbeiterbewegung bildet. Nach dieser Richtung können wir mit der Entwid-

schäften von 1.203.069.000 M. auf 1.316.438.000 M. In Prozenten des jeweiligen Aktienkapitals ergibt sich eine Steigerung der Durchschnittsdividende von 83 auf 86 vom Hundert.

Es ist von besonderem Interesse, die Ergebnisse der Rentabilitätsstatistik für einen längeren Zeitraum zusammenzustellen. Wir wählen am besten als Ausgangspunkt die Ergebnisse der Statistik des Jahres 1910, die in der Hauptsache den wirtschaftlichen Erfolg des Geschäftsjahres 1909 resp. 1909/10

„Der sozialpolitische Stillstand und die politische Reaktion, die in neuerer Zeit mächtiger als je ihr Haupt erheben, entspringen der Furcht einer um ihre Macht besorgten herrschenden Klasse. Die Ziele dieser Bestrebungen sind darauf gerichtet, einen letzten Versuch zur Zerkümmern der wirtschaftlichen Organismen der Arbeitnehmer durch Zuhilfenahme der Staatsgewalt zu machen und so die Entwicklung des Arbeitsverhältnisses aus ihrem Gewalt zu einem Rechtsverhältnisse aufzuballen. Hand in Hand damit geht die um den „Arbeitswiltigen“ besorgte politische Reaktion, deren Ziel es ist, der Arbeiterklasse und dem proletarischen Bürgerum seinen Anteil an der Staatsgewalt vorzuenthalten.“

Dieser Zustand verdient die rückhaltlose Bekämpfung besonders durch die organisierten Arbeiter. Das beste Mittel ist die Stärkung der Gewerkschaften, die Steigerung der gewerkschaftlichen und staatsbürgerlichen Bildung der Arbeiter und deren lebendige Betätigung.

Am Gegenlage zu den Anschauungen der herrschenden Reaktion, erstreben die Gewerkschaften die Umwandlung aller gesellschaftlichen Machtverhältnisse in ihre Rechtsverhältnisse und damit die endliche Erringung des vollen Rechtszustandes in der Gesellschaft. Erneut erheben wir somit die Forderung nach einer gründlichen Reform des Arbeitsrechts im Sinne der Verbandstagsbeschlüsse 1910. Ein freies Koalitionsrecht, eine entschiedene Fortführung der Sozialpolitik sind die wichtigsten Bestandteile dieser Forderung.“

Die gegen die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten von reaktionärer Seite erhobenen Vorwürfe bedürfen, ehe sie — wie die Regierung in Aussicht gestellt — zu gesetzgeberischem Vorgehen Anlass geben können, dringend ein unparteiisches Urteil in vollster Öffentlichkeit. Eine Untersuchung allein durch die Behörden ist ungenügend und nicht geeignet Vertrauen zu erwecken. Der Delegiertentag ersucht deshalb die gesetzgebende Körperschaft, eine Kaiserliche Prüfungskommission einzusetzen, die Zeugen und Sachverständige aus allen Lagern eidlich vernehmen kann und der gesetzgebenden Körperschaft Bericht zu erstatten hat. Als Mitglied dieser K. P. K. sind zu gleichen Teilen Führer der Unternehmer, Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit zu ernennen.“

Die gegebenen Geschäfts- und Klassenberichte ergaben ein günstiges Bild. Beschlossen wurde die obligatorische Einführung von Lokalkassen mit einem wöchentlichen Mindestbeitrag von 5 Pf.

Der Deutsche Holzarbeiterverband

hielt in der Zeit vom 24.—30. Mai seinen zehnten Verbandstag in Dresden ab. Wesentliche Änderungen im Programm und Statut sind nicht vorgenommen worden. Aus dem gegebenen Geschäftsbericht ging hervor, daß die Wirkungen der Krisis sich ziemlich fühlbar gemacht haben, so daß nicht bloß beträchtliche Ausgaben, sondern auch ein bemerkenswerter Mitgliederrückgang zu verzeichnen ist. Die Vorgänge in Hamburg, über die wir bereits berichteten, sowie die ganze unglücklich verlaufene Werftarbeiterbewegung führten zu lebhaften Auseinandersetzungen, so daß dieser Punkt gesondert behandelt wurde. Wir gingen also damals mit unserer Annahme, daß in Hamburg eine tiefgehende Erregung vorhanden sei, nicht fehl, und es war nicht so harmlos, als die „Holzarbeiterzeitung“ die Sache verurteilte hinzustellen. Das geht auch schon daraus hervor, daß die Zahlstelle § a m b u r g den Beschluß

gefaßt hatte, die Mitglieder des Vorstandes nicht mehr als ihre Führer anzusehen. Auch der Bau und die Einweihung des Verbandshauses, resp. das Festessen, welches in einer Reihe von Versammlungen in der Zahlstelle zu Berlin zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt hatte, beschäftigte den Verbandstag. An den Unterstufungsbeirathungen ist wenig geändert worden. Es will wenig besagen, daß man die Dauer der Arbeitslosenunterstützung von 6 auf 7 Wochen erhöht hat. (Im Gewerbeverein 10 Wochen. D. R.)

Die Arbeitsnachweisfrage ist in geschlossener Sitzung behandelt worden, und ist davon wenig an die Öffentlichkeit gelangt. Die Lohn- und Tarifverhandlungen spielen selbstverständlich eine große Rolle, und wurde viel über Vertragsverletzungen seitens der Unternehmer gelaugt. Von wesentlicher Bedeutung wäre, wenn er zur Ausführung gelangt, der Punkt der angenommenen Resolution, wonach es heißt: „Die Art und Weise, wie in den meisten Fällen die Arbeitgeber ihre Aufgabe in den Schlichtungskommissionen auffassen, birgt eine ernste Gefahr für die Verträge in sich, die auch nicht dadurch beseitigt wird, daß die Zentralvorstände als Berufungsinstanz bei Vertragsstreitigkeiten vorgehen sind, da der Vorstand des Arbeitgeberverbands sich leider in solchen Fällen, ebenso wie seine Ortsvertreter, mehr vom Interessenstandpunkt, als vom Rechtsstandpunkt leiten läßt. Wenn in diesem Punkte keine weitergehenden Garantien von der Arbeitgeberorganisation gegenüber Vertragsbrüchen seiner Mitglieder zu erlangen sind, wird unterseits für die etwa weiter abzuschließenden Verträge die Instanz der Zentralvorstände zur Erledigung von Vertragsbeschwerden gänzlich abgelehnt und die endgültige Entscheidung hierüber lediglich den einzelnen Orten überlassen. Würde dieses zur Ausführung gelangen, so wäre damit eine Verringerung der Schlichtung von Streitigkeiten herbeigeführt, die nicht ohne Folgen bleiben könnte, doch glauben wir hier nicht daran, denn wir sind an derartigen Theaterdonner zwischen dem Schutzverband und dem Holzarbeiterverband beiderseits so gewöhnt, daß wir derartige Auslassungen nicht mehr ernst nehmen. „Fachzeitung“ und „Holzarbeiterzeitung“ haben es, von Zeit zu Zeit einen Bluff an die Öffentlichkeit zu versenden, die für Eingeweihte nicht mehr schreckhaft sind. Im übrigen brachten die Verhandlungen weiter nichts von Bedeutung.“

Tagung der Wirtschaftsfriedlichen.

Die Wirtschaftsfriedlichen haben vom 22. bis 26. Mai in Saarbrücken tagung. Den Reigen eröffnete der Bund deutscher Werkvereine. Zwischen der Tagung der Hauptausstellung nationaler Arbeiter- und Berufsverbände. Wie sehr diese gelben Geblüde im Interesse der Arbeitgeber liegen, zeigte sich in der Stadt Saarbrücken nach dem „Wertverein“ schon rein äußerlich. Danach hatte die Stadt Feststimmung angelegt und am Bahnhof waren gar Ehrenporten errichtet. Diese wurden selbstverständlich von den Werksbestkern bezahlt.

Die Tagung verlief dann auch ganz wie es die Werksbestkern nur wünschen konnten. Einige Schwierigkeiten bereiteten die schon wiederholt residierten „Nichtklinten“, d. h. die Stellung zum Streik. Es gibt immerhin noch welche unter ihnen, die den Streik nicht ganz ausgeschaltet wissen möchten. Und andere, die zwar den Streik entschieden ablehnen, dieses aber der Öffentlichkeit gegenüber im agitatorischen Interesse verbergen möchten. Denn es gibt Volksmänner, die die Gelben lediglich wegen der Streikverneinung ablehnen. Das haben die Gelben begriffen, weshalb die Einschüchterung nicht für alle

Fälle auf den Streik verzichten möchten, obwohl auch diese nicht daran denken, daß vom Streikrecht Gebrauch gemacht werden soll.

In den „Nichtklinten“ hat denn auch der Streik seinen Platz gefunden, aber man verzichtet auf die Anlegung von Streikklassen. Das das bedeutet, wissen die Arbeitgeber. Sie gestatten deshalb das theoretische Festhalten am Streik. Der betreffende Punkt (5) der „Nichtklinten“ lautet nun wie folgt:

„5. Die Werkvereine bemühen auf der durch den § 152 der Gewerbeordnung gewährleisteten Koalitionsfreiheit der Arbeiter, da sie Vereinigungen sind „zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“. Der ebenfalls durch den § 152 erlaubte Streik ist lediglich eines der Mittel zur praktischen Betätigung der Koalitionsfreiheit, das natürlich auch den Werkvereinen zu Gebote steht und auf das sie auch nicht grundsätzlich verzichten. Das Mittel des Streiks ist indes für die Werkvereine nur von untergeordnetem Werte, weil es überall da nicht gebraucht wird, wo ein Unternehmer und eine Arbeiterklasse zusammenwirken, welche die Bedeutung der volkswirtschaftlich feststehenden Tatsache der überwiegenden Interessengemeinschaft richtig erkannt haben und nach dieser Erkenntnis verfahren. Der Streik erschüttert die Grundlagen der Erwerbsquelle sowie die bestehende Arbeits- und Interessengemeinschaft und schädigt alle Beteiligten.“

In der Erkenntnis dieser Umstände verzichten die Bundesvereine auf die Anlegung von Streikklassen. Die Schaffung solcher Klassen würde eine Widersinnigkeit gegen die Interessengemeinschaft bedeuten, ein unbegründetes Mißtrauen des Vereins gegen den Unternehmer zum Ausdruck bringen und die friedliche Verständigung innerhalb der Arbeitsgemeinschaft von vorn herein föhren.“

Das ist genau daselbe, als wenn ein Staat ein Heer unterhält, es aber ablehnt, für Waffen, Munition und Proviand zu sorgen. Ein solches Heer, wenn auch das Mannschafsmaterial noch so vorzüglich wäre, würde dem bewaffneten und gutverproviantierten Gegner nur ein Lächeln abringen. In der Rolle dieses Gegners befinden sich gegenüber den gelben „Wirtschaftsfriedlichen“ die Arbeitgeber. Sie lachen über die Trotteln, die zwar nicht auf den Kampf verzichten wollen, die es aber mit Rücksicht auf das Interesse und Störungen des Gegners ablehnen, sich zu „bewaffnen“ (Streikklassen anzulegen) usw.

Im übrigen bietet noch Interesse, daß die Tagung eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung ablehnt. „Papa“ erlaubt es nicht Begründend ist angeführt, daß eine solche in erster Linie die Klassen der Streikgewerkschaften entlasten würden. Ganz Unternehmeransicht. Dann haben die Haushälter (Arbeitgeber) den Selben aber gestattet, die Herabsetzung der Altersgrenze in der Invalidenversicherung auf das 65. Jahr zu beantragen. Des ferneren, sich gegen den Etablierte und Margarine trust auszusprechen, sowie Arbeiterurlaub zu wünschen. Den Antrag begründete — auf Wunsch des Bundesvorstandes sagt der „Wertverein“, — der Vorsitzende des größten Werkvereins, Kollege Seidel, vom Werkverein „Soliberein“.

„Es wurde bei dieser Gelegenheit dankbar anerkannt, daß eine ganze Reihe von Betrieben ihren Arbeitern regelmäßig Urlaub gewährt.“

Dabei ist Tatsache, daß im ganzen Ruhrbezirk im Bergbau nur die Fördermaschinen der Bechen

Mahagoni, Ebenholz, Polisanter und andere exotische Nutz- und Edelhölzer.

Unsere heimischen Holzindustriellen Gewerbe verarbeiten als Rohmaterial zum größten Teil heimische, d. h. deutsche oder allgemein europäische Holzarten, die für alle Erzeugnisse von mittleren oder Durchschnittscharakter sogar das fast ausschließliche Material sind. Im allgemeinen sind ja die deutschen bzw. europäischen Hölzer auch ein sehr solides Material, das den für solche Verwendungszwecke in Betracht kommenden Ansprüche an Dauerhaftigkeit, Bearbeitbarkeit, gute Aussehen usw. vollumfänglich genügt. Dennoch werden die heimischen Holzarten in allen diesen Eigenschaften von einer Anzahl außereuropäischer Hölzer übertriften, die ihrer vielen hervorragenden Eigenschaften wegen auch für die gesamte europäische Holzindustrie in allen ihren Zweigen ein äußerst wichtiges und wertvolles Material geworden sind und mit Vorliebe für solche Verwendungszwecke verarbeitet werden, die besondere Anforderungen an die Feinheit, Stille- und Farbwirkung, Behalt- und Bearbeitbarkeit und sonstige Eigenschaften des Materials stellen. Das ist besonders in dem holzverarbeitenden Kunstgewerbe der Fall, das für seine Erzeugnisse Materialien von solchen Eigenschaften sehr notwendig gebraucht und deswegen heute exotische Hölzer, besonders Edelhölzer, in großem Umfang für alle feineren Arbeiten verwendet: Möbelischlerei, Bismarckfabrikation, Kunstschneiderei usw. sind heute zum großen Teil auf solche Hölzer angewiesen und verbrauchen solche in ständig wachsenden Mengen. Das ist ferner auch der Fall in der Architektur, die für die Zwecke des Innenaufbaus, für Verkleidungen, Wand- und Deckenverkleidung, für den Parkettboden usw. eble

Hölzer braucht und sich für diese Zwecke schon seit langen nicht mehr auf die einheimischen Hölzer beschränkt, sondern sich besonders in den letzten Jahrzehnten ebenfalls in bedeutendem Umfang ausländischen Nutz- und Edelhölzern zugewandt hat. Das ist ferner auch der Fall in mehreren rein praktischen oder technischen Zweigen der Holzverarbeitung, wie der allgemeinen Bauindustrie, dem Schiffbau, der Werkzeugindustrie usw., die für zahlreiche technische Spezialzweige eine Reihe exotischer Hölzer der hervorragenden Dauerhaftigkeit und Härte sowie noch anderer für technische Zwecke wertvoller Eigenschaften wegen mit Vorliebe und ebenfalls in ständig wachsendem Maße verwenden. Gegenwärtig stehen jedoch Kunstgewerbe und Architektur im Verbrauch exotischer Hölzer weitans an der Spitze. Hier sind die exotischen Edelhölzer auf Feinheit der Bearbeitung und Ausführung, auf schönheitliches und künstlerisches Aussehen, auf Farb- und Stillewirkungen, aber auch auf Grösste und Dauerhaftigkeit der Erzeugnisse von ganz bedeutendem Einfluß geworden, und die ständige Steigerung der Feinheit dieser Hölzer beweist am besten deren wachsende Bedeutung für diese Zwecke der heimischen Holzindustrie.

Von den exotischen Edelhölzern, die besonders in unserer heimischen Kunstgewerblichen Holzindustrie zur Verarbeitung kommen, ist wohl an erster Stelle das Mahagoniholz zu nennen, das sowohl in der Kunstschneiderei, der Innarchitektur und dem Klavierbau so hochgeschätzte Material für feine und feinste Arbeiten. Dieses rötlich bis zimtbraun gefärbte Holz gehört zu den schönsten und edelsten Holzarten, die wir überhaupt kennen und erfreut sich einer ständig wachsenden Verwendung in allen kunstgewerblichen Zweigen der Holzbearbeitung. Das Holz hat entweder einen

sehr gleichmäßigen Farbenton oder aber es ist durch Wässerung eigenartig gefleckt, erzielt nach der Verarbeitung jedoch in diesem wie in jenem Falle immer hervorragende schöne Farb- und Stillewirkungen. Ein großer Vorzug des Mahagoniholzes ist seine außerordentliche Beständigkeit; es verträgt Hitze wie Kälte ohne sich zu verändern, wirft und zieht sich nicht und besitzt unter allen Holzarten das geringste Schwindmaß, Eigenschaften, die für die Verarbeitung und Technik des Holzes natürlich von größtem Wert sind. Ferner ist das Holz in hohem Maße polierfähig und nimmt bei der Verarbeitung eine spiegelglatte Politurfläche an, die besonders bei allen kunstgewerblichen Erzeugnissen, die aus diesem Material hergestellt werden, so ausgezeichnete Wirkungen entfaltet und mit in erster Linie die ständig zunehmende Beliebtheit dieses Holzes in allen kunstgewerblichen Fabrikationszweigen begründet. An der Luft dunkelt das ursprünglich hellere Holz im Laufe der Zeit stark nach, wodurch seine schönheitliche Wirkung jedoch eher vermehrt wie verringert wird. Das Holz ist mittelschwer (spezifisches Gewicht 0,6 bis 0,8), dabei aber außerordentlich hart, welcher Eigenschaft es seine hohe Widerstandsfähigkeit gegen äußere ungünstige oder zerstörende Einwirkungen der Luft, Feuchtigkeit, Parasiten usw. die anderen Holzarten, besonders den heimischen, immer gefährlich werden, verdankt. Von den holzstehenden Würmern und Insekten wird das harte Holz fast niemals angegriffen, da sich die Parasiten an dem harten Material ihre Weisorgane ruinieren und es daher wohlweislich vermeiden. Festigkeit und Dauerhaftigkeit des Holzes nehmen mit der Zeit noch zu; es läßt sich nur sehr schwer spalten und erfordert für die Bearbeitung die besten und leistungsfähigsten Werkzeuge.

(Fortsetzung folgt.)

Veröffentlichung des Verlagsvertrages (Gewerkschaftsmitgliedertitel), numerischen Verträgen und Ganz.
Eintritt und Garderobe frei.
Um rege Beteiligung ersucht Die Verwaltung.

2. KREISLAUF, VERANSTALTUNG 1910.
Verammlung.
Sollzöchliches Erzeugnisse erwartet
Der Ausschuss.
Aachen (Ortsverband). Durch-
sendende Kollegen erhalten 1,25 M.
Reiseunterstützung auf dem Arbeiter-
reisenamt Aachen, Jülicher Str. 77.

Postentwurf:
**Ausserordentliche
Mitgliederversammlung.**
„Die Gewerkschaften als politische
Bereine.“
Referent: W. Wroczkowski-Danzig.
Wie erwarten, daß jeder Kollege
erschient.
Der Vorstand.

sendet Katalog,
auch Ersatzteile, Verdecke,
Räder,
Wagen-Modernisierung.
Spandau. Die Meldestelle
für arbeitslose
Kollegen des Ortes der Holzarbeiter
befindet sich Rohlstr. 6 (Kellertur-
zum Türlichen Zeit). Fernspr. 659.

„Reisefuß“ 1 und 2 im Jahre 1913 Urlaub erhalten haben.

Zu erwähnen wäre noch die Neuschaffung von Unterverbänden, in die das Hauptgewicht der organisierten und sozialen Tätigkeit gelegt werden soll. Es gibt in Zukunft Kreis- oder Bezirks-, Provinzial- und Landesverbände. In diesen soll den Eigenarten (Berliner) der Bezirke Rechnung getragen werden. Das soll wohl heißen, daß man sich nicht mehr an den Köpfen kriegen will, wenn ein Bezirk in sozialen u. a. Fragen eine abweichende Stellung einnimmt. So z. B. wenn die Essener die Sozialdemokratie bekämpft und die Berliner rot wählen.

Die Aufmachung und die Tagung selbst haben wieder erneut bewiesen; daß die Selben Unternehmerkorporationen sind.

Zur Arbeitsnachweisfrage.

Einen drastischen Beitrag zur Arbeitsnachweisfrage bringt das Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands „Der Holzarbeiter“ aus Hannover. Dasselbe schreibt:

„Noch nicht allzu lange ist es her, als der preussische Minister der Stadtverwaltung in Hannover blaßfärbend machte, daß städtische Einrichtungen, oder Einrichtungen, die sich der städtischen Unterstützung erfreuen, nicht der einseitigen Förderung der sozialdemokratischen Bewegung dienen dürfen. Der von der Stadt unterhaltene oder doch wenigstens unterstützte paritätische Arbeitsnachweis für das Malergewerbe hatte in seinem Reglement die Bestimmung, daß Mitglieder des sozialdemokratischen Malerverbandes bei der Arbeitsvermittlung eine Vorzugsstelle einnehmen. Der Minister erklärte eine derartige Praxis für unzulässig. Wie aber die Frage des Malers nicht läßt, so können die Arbeitsnachweispraktiker der Stadt Hannover von der sozialdemokratischen Liebe nicht lassen: In Hannover wurde jüngst ein Tarifvertrag für Holzbildhauer zwischen den Arbeitgebern und dem sozialdemokratischen Zentralverein der Bildhauer vereinbart. Der Vertrag sieht vor, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer nur den „Arbeitsnachweis der Stadt Hannover, Abteilung Facharbeitsnachweis für Holzbildhauer“ benutzen dürfen. Ob der städtische Arbeitsnachweis einen paritätischen Charakter unterstellt ist und deshalb Anspruch auf den Charakter eines „paritätischen Nachweises“ erheben kann, wissen wir nicht. Jedenfalls stellen aber nicht die Vertragsparteien die Arbeitsvermittlung. Die Führung des Nachweises obliegt vielmehr einem städtischen Beamten. Die Vertragsparteien haben nur das Recht, den Beamten zu ihrer Orientierung über die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrages zu interpellieren. Man scheint also weniger Wert auf die Vermittlung durch einen Fachmann und auf die paritätische Verwaltung des Nachweises gelegt zu haben, als auf die obligatorische Vermittlung. Die Benutzung des Nachweises ist für Arbeitgeber und Arbeitnehmer obligatorisch. Die Arbeitssuchenden sind der Reihe nach zu vermitteln. Zugewiesene Stellen müssen angenommen werden, wenn der Gehilfe nicht zwingende Gründe dagegen geltend machen kann. Es dürfen nur Gehilfen eingestellt werden, die im Besitze einer Vermittlungskarte des Nachweises sind. Und jetzt kommt das Schönste: „Der städtische Arbeitsnachweis ist verpflichtet, wenn keine Gehilfen eingeschrieben sind, bei Nachfragen nach solchen die Zentralstellenvermittlung des Zentralvereins der Bildhauer Deutschlands, Berlin SO, Am Köllnischen Park 2, in Anspruch zu nehmen. Sollte diese nicht in der Lage sein, Gehilfen zu vermitteln, so sieht es nur in diesem Falle dem städtischen Arbeitsnachweis frei, in Zeitungen nach Arbeitskräften zu suchen.“ — Der sozialdemokratische Zentralverein der Bildhauer ist also in jedem Falle zu bevorzugen. Und das billigt die Stadtverwaltung Hannover, die im Jahre 1912 wegen der eingangs geschilderten ähnlich liegenden Sache einen Nasenstüber vom Minister erhielt! Da bleibt nichts anderes übrig, als daß der hannoverschen Stadtverwaltung nochmals ausdrücklich zu Gemüte geführt wird, welche Stellung sie in solchen Fragen einzunehmen hat. Es ist ja geradezu ein Skandal, daß in einer solchen Weise der sozialdemokratischen Bewegung in die Hände gespielt wird. Wenn sich die Städte bereit finden, die Kosten solcher Arbeitsnachweise zu tragen, die den sozialdemokratischen Organisationen dienstbar sind, dann haben letztere wirklich allen Grund, von ihrer prinzipiellen Forderung, daß der Arbeitsnachweis in die Hände der Arbeiter gehört, abzulassen. Der städtische Arbeitsnachweis leistet ja dieselben Dienste und besetzt außerdem noch den Vorteil, daß er von der Allgemeinheit bezahlt wird, während sonst die sozialdemokratischen Verbände für die Kosten allein aufzukommen haben.

Krankenkassen-Wirtwarr.

Volles Krankengeld für die Hausgewerbetreibenden!

Schwere Mißstände haben sich zurzeit bei der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden in Groß-Berlin entwickelt. Zahlreiche Heimarbeitnehmer sind — 4 1/2 Monate nach Inkrafttreten der Neuordnung — noch in keiner Kasse angenommen, weil

sich aus der unklaren Fassung des Gesetzes Streitigkeiten über die Kassenzugehörigkeit ergeben haben. Die Berliner Ortskrankenkasse zählt allgemein nur das halbe Krankengeld; andere vorläufig aberhaupt keins. Eine allgemeine Rechtsunsicherheit hat Platz gegriffen, die noch durch die mangelhafte Orientierung der unteren Kassenglieder vermehrt wird. Die Auftraggeber weigern sich offiziell, ihre Zuschüsse zu zahlen oder sie den Zwischenmeister zu erlegen, sofern diese sie, wie es das Gesetz vorschreibt, ausgelegt haben. Infolgedessen haben große Zwischenmeisterverbände beschlossen, vorläufig keine Zuschüsse mehr zu leisten, da sie nicht mit Sicherheit auf Erstattung durch die Oberauftraggeber rechnen können. Beide Parteien wollen es auf einen Prozeß ankommen lassen, der wahrscheinlich bis zur obersten Instanz getrieben werden wird und bis zu dessen Entscheidung voraussichtlich noch lange Zeit vergehen wird.

Inzwischen laufen natürlich die Auftraggeberzuschüsse nur sehr spärlich ein. Nun stellt das Krankengeld der Hausgewerbetreibenden nach der neuen Reichsversicherungsordnung nicht einen festen Satz dar, sondern bemißt sich nach der Höhe der für den einzelnen Hausgewerbetreibenden gutgeschriebenen Auftraggeberzuschüsse, die zunächst auf 20% des dem Hausgewerbetreibenden gezahlten Lohnes festgesetzt sind. Solange diese noch nicht eingelaufen sind, steht aber die Grundlage der Berechnung. Inzwischen zählt die Berliner Ortskrankenkasse nur das halbe Krankengeld im Betrage von 4,50 M. aus; andere Kassen verdrängen gar die Heimarbeitnehmer überhaupt auf die Zukunft. Indes widerspricht dies Verfahren der Kassen einer für diese Übergangszeit geschaffenen Bundesratsverordnung vom 20. Dezember 1913, in der es heißt: „Solange und soweit eine für die Versicherung der hausgewerblich Versicherungspflichtigen gesetzlich zuständige Kasse in ihrer Satzung noch keine Bestimmungen über die hausgewerbliche Krankenversicherung getroffen hat, erhebt sie für die hausgewerblich Versicherungspflichtigen an Beiträgen zwei vom Hundert des Ortslohnes; sie gewährt dann die Regelleistungen, wobei als Grundlohn der Ortslohn dient.“ Demnach haben also vorläufig wenigstens alle Hausgewerbetreibenden Anspruch auf volles Krankengeld und sollten diesen Anspruch auch auf jeden Fall unter Bezug auf obige Bundesratsverordnung beim Versicherungsamt geltend machen. Indes gehen der Kasse mit jeder Woche, in der der Streit mit den Auftraggebern schwebt, erhebliche Summen verloren. Bekanntlich gibt es gerade unter den Unternehmern, die Heimarbeiter beschäftigen, nicht wenige minder leistungsfähige Personen. Häufen sich bei diesen die Ausgaben für die Versicherung monatlang an, so kann es unter Umständen recht schwer werden, sie noch zu betreiben. Da die Gelder für die Hausgewerbetreibenden bei der Kasse besonders verwaltet werden, bedeutet jeder Pfennig, der weniger einläuft, einen direkten Schaden für die Heimarbeiter. Die nicht der Konfektion angehörenden Hausgewerbetreibenden haben zudem keine Grundlage für spätere Krankengeldansprüche, da für sie keine Lohnbücher ausgestellt zu werden brauchen. Zwar stehen die Lohnbücher auch für diese Arbeiter auf dem Papier, das heißt in dem Hausarbeitgesetz von 1911; fehlt nur noch die diesen Paragraphen in Kraft setzende Bundesratsverordnung.

Ein bitterer Not sind vor allem diejenigen Heimarbeiterinnen geraten, die zurzeit noch von keiner Ortskrankenkasse angenommen sind. Diese Kalamität ist dadurch hervorgerufen, daß bei den verschiedenen Groß-Berliner Versicherungsämtern eine verschiedene Auffassung des Begriffes „Hausgewerbetreibender“ herrscht. Finden sich doch in dieser Beziehung in Groß-Berlin nicht weniger als fünf verschiedene Definitionen! Da ein Hausgewerbetreibender bei der Kasse seines Wohnortes, ein hausgewerblich Beschäftigter aber bei der Kasse des Betriebsortes seines Auftraggebers zu versichern ist, ist es nicht ganz selten vorgekommen, daß die eine Kasse den Heimarbeiter zurückerweist, weil er „Hausgewerbetreibender“ ist, die andere in Frage kommende Kasse ihn aber als „hausgewerblich Beschäftigten“ wegschickt. Trotzdem bereits seit Anfang des Jahres eine Reihe von Klagen über diesen Punkt schweben, ist bis jetzt noch keine Entscheidung erfolgt und die unglücklichen Hausgewerbetreibenden entbehren noch immer jeden Anspruch auf Krankenunterstützung. Man sieht, wohin ein oberflächlich durchgearbeitetes Gesetz und eine langsame Entscheidung im Instanzenzug führen kann. Der heutige Zustand läßt sich kurz dahin charakterisieren, daß niemand Beschäftigt weiß und jeder tut, was er nach seiner Auffassung für das Richtige hält.

Da auch über die Beitragszahlung vielfach Unklarheit besteht, sei hier bemerkt, daß erwachsene Berliner Heimarbeiterinnen, wenn sie für ein Geschäft direkt arbeiten, 42 Pf. wöchentlich zu zahlen haben. Arbeiten sie dagegen für einen Zwischenmeister, so hat dieser die Beiträge für sie einzuzahlen, kann ihnen aber 28 Pf. wöchentlich vom Lohn abziehen.

„Mundschau.“

Die Errichtung eines Reichseinigungsamtes scheint in etwas größere Nähe gerückt zu sein, wenn eine Mitteilung zutreffend ist, die die „Tägl. Mundschau“ macht. Danach soll nämlich die Reichsleitung in eine Prüfung der Frage eingetreten sein und

geneigt scheinen, den Wünschen des Reichstages auf Errichtung eines Reichseinigungsamtes zu entsprechen. Man gibt zu, daß die jetzt im Reichsamt des Innern zum Zwecke der Vermittlung zwischen Unternehmern und Arbeitern bestehende Einrichtung ihren Aufgaben nur unvollkommen genügen kann. Es sollen allerdings auch Bedenken vorliegen, die Wünsche des Reichstages ohne weiteres zu erfüllen, da durch die Schaffung einer besonderen Einigungsbehörde der Staat sich selbst in den Mittelpunkt wirtschaftlicher Kämpfe stellen würde. Deshalb sei man bestrebt, eine Form zu finden, die eine Verantwortung der Regierung ausschließt. Wenn die Vorschläge an den Reichstag gelangen werden, ist noch nicht abzusehen.

Was an dieser Nachricht, die auch von andern Tageszettungen übernommen worden ist, wahr ist, vermögen wir im Augenblick nicht nachzuprüfen. Unsere Meinung, so schreibt der „Gewerkverein“, geht dahin, daß wir ein Reichseinigungsamt dringend brauchen, wenn wir uns auch nicht verheßen, daß dadurch wirtschaftliche Kämpfe nicht unmöglich gemacht werden. Aber sie können zum Teil verhütet und in ihrer Schärfe sicherlich gemildert werden. Deshalb würden wir uns freuen, wenn obige Nachricht nicht ein Phantasieprodukt der „Tägl. Mundschau“ wäre, sondern wenn wirklich die Errichtung eines Reichseinigungsamtes Gegenstand der Beratungen in der Reichsregierung wäre. Jedenfalls wird die allernächste Zeit Klärung über den Stand der Dinge bringen.

Was die Bodenreform einer deutschen Mittelstadt einbringt. In Wilhelmshaven, wo seit längerer Zeit eine drückende Wohnungsnot herrscht, befindet sich fast der gesamte noch unbebaute Grund und Boden (etwa 28 ha) im Besitze einer in Schweden wohnenden Dame. Diese fordert einen so hohen Kaufpreis, daß kein Bauunternehmer daran denken kann, Grundstücke zur Bebauung zu erwerben. Wird der verlangte Kaufpreis bei Berechnung der Grundsteuer zugrunde gelegt, so ergibt sich ein Steuerbetrag von rund 56 000 M. Dem Vernehmen nach erbringt der Besitz jedoch nur etwa 12 000 M. Jahressteuer, da der Wert bedeutend niedriger geschätzt ist. Die Ortsgruppe des Bundes Deutscher Bodenreformer in Wilhelmshaven hat sich deshalb mit einer Eingabe an den Magistrat gewendet und gebeten, die Grundstücke nach dem Grundsatze der Selbsterschätzung, also nach dem geforderten Kaufpreis zu veranlagen. Wird dem Antrage stattgegeben, so erhöht sich die Steuereinnahmen für die Stadt um 44 000 M.!

Ein Sozialdemokrat für das stehende Heer. Bei der Matinee der norwegischen Sozialdemokraten in Christiania hat der Führer der schwedischen Sozialdemokraten, Dr. A. N. K. K. K., eine bemerkenswerte Rede gehalten, in der er sagte:

Die schwedische Arbeiterklasse steht nach den Verhältnissen der internationalen Lage es für ihre Pflicht an, mit der bürgerlichen Linken eine vernünftige Landesverteidigungspolitik zu treiben, die zum Ziele hat, Schwedens Selbständigkeit und Grenzen und die Freiheit des Volkes gegen eventuelle nachbarliche Eroberungsgelüste zu verteidigen. Denn der schwedische Arbeiter sei auch genug Patriot, um einzusehen, daß eine Auflösung des stehenden Heeres, eine Vernachlässigung der Rüstungen weiter nichts zu bedeuten hätte als eine Auslieferung des Volkes und seiner Selbständigkeit an irgend einen Uebermächtigen. Ein Patrioter mit Antimilitaristen lehne er für die Gegenwart in jeder Weise ab. Mit einem Mahnwort an die Sozialisten Norwegens, auch für ein starkes, vernünftig gerüstetes Norwegen Sorge zu tragen, schloß der schwedische Sozialist, dessen Worte von allen Demokraten und der übergroßen Mehrheit der Arbeiter Norwegens freudig aufgenommen worden sind.

Von dem Manne wird unsere Sozialdemokratie hörbar abtönen, trotzdem seine Politik nach Lage der Dinge augenblicklich die allein richtige ist. Die Rede zeigt aber auch, daß in Schweden in absehbarer Zeit mit einem Ministerium der Linken zu rechnen ist.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentbureau Johannes Koch, Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 59. — Auskünfte kostenlos.

Gebrauchsmuster:

- RI. 34 g. 603 607. Zerlegbare Exportkühnöl. Wilhelm Krause, Geringswalde-Hilmsdorf. Angem. 14. 4. 14.
- RI. 34 g. 603 619. Möbelbeschlag zum Einstellen der Kopfteile für Gehäuselouques, Regestühle, Matrassen u. dgl. Möbel. Ja. Ernst Hasenpflug, Remscheid-Gaßen. Angem. 23. 4. 14.
- RI. 34 i. 603 018. Ohne Ruten und Federn oder Bübeln hersehener, mit besonderem Beschlag zusammenlegbarer Schrank. Jean Oststadt, Mainz-Kostheim, Billy Oststadt, Mainz-Kostheim u. Otto Lapple, Mainz. Angem. 5. 3. 14.
- RI. 34 i. 603 076. Röhrichtschiff in Verbindung mit ausziehbarem Plättchen, schrankartigem Unterbau und klappbarer Tischplattenverlängerung. Paul Müller, Breslau. Angem. 29. 4. 14.
- RI. 34 i. 603 310. Automatische Schubkastenverriegelung. Otto Thoms, Berlin. Angem. 1. 5. 14.
- RI. 38 a. 603 465. Führung mit keilförmigem Querschnitt für Wandjagelblätter. C. L. F. Fleck-Söhne, Berlin-Reinickendorf Ost. Angem. 1. 5. 14.

fallen auf Arbeitslosenunterstützung 70 266 75 M., auf Streik- bzw. Maßregelungsunterstützung 45 687 90 M., auf Ueberstehentagslohn 4 691 34 M., Reihe- und Wanderunterstützung 4 502 58 M., Rechtschutz 4 584,10 M. und auf Begräbnisbeiträge 7575 2 2. Außerdem wurden aus den Lokalfonds 4 59 332,71 M. an Unterstützungen gezahlt.

Der Hauptrevisor, Kollege Feist, erkannte die gewissenhafte Geschäfts- und Kassführung an und beauftragte im Namen der Hauptrevisoren, dem Schatzmeister die Entlastung zu erteilen.

eine große Rolle spielen; deshalb ist es notwendig, ihrer Entwicklung schon jetzt volle Aufmerksamkeit zu schenken. Unverkäuflich ist ein Handlungsmerkmal der einzelnen Ortsvereine mit der Hauptleitung, Vorbedingung dafür schleunige Berichterstattung über alle Vorgänge. Der Referent erörterte weiterhin die zu beobachtende Lücke in Lohnkämpfen und kam zu dem Schluß, daß der Gewerkschein der Holzarbeiter trotz seiner numerischen Schwäche einen gewichtigen Faktor in der Arbeiterbewegung bildet. Nach dieser Richtung können wir mit der Entwick-

vidende ergohte sich bei den vergleichbaren Verhältnissen von 1 203 069 000 M. auf 1 316 438 000 M. In Prozenten des jeweiligen Aktienkapitals ergibt sich eine Steigerung der Durchschnittsdividende von 83 auf 86 vom Hundert.

Es ist von besonderem Interesse, die Ergebnisse der Rentabilitätsstatistik für einen längeren Zeitraum zusammenzustellen. Wir wählen am besten als Ausgangspunkt die Ergebnisse der Statistik des Jahres 1910, die in der Hauptsache den wirtschaftlichen Erfolg des Geschäftsjahres 1909 resp. 1909/10

Aus den Ortsvereinen.

Berlin. Zum 14. Male sind die Abgeordneten unseres Gewerkschaftsvereins zusammen, um zu beraten, wie unsere Organisation am besten mit der Zeit marschieren kann. Außer den Bezirksleitern haben sich am Sonntag 20 Abgeordnete aus allen Teilen des Reiches zusammengefunden und da ließen es sich die Berliner Kollegen nicht nehmen, diese Kollegen auf das herzlichste zu empfangen. Zu diesem Zwecke hatten wir eine Empfangsfeste arrangiert, die in allen Teilen als gelungen bezeichnet werden kann. Während der Vorversammlung tagte, hatte sich der große Saal unseres Verbandshauses bis auf den letzten Platz gefüllt und bei den Klängen der Hauskapelle kam auch bald Stimmung in die Anwesenden. Die Gewerkschafts-Vorstellung, welche an diesem Abend mitwirkte, trug ihr Bestes zum Gelingen der Veranstaltung bei. Hatte sie schon bei der Vorversammlung einige Begrüßungslieder zum besten gegeben, so legte sie ihr ganzes Können bei der Feste zu Tage und der nicht enden wollende Beifall bewies, daß sie unter der bewährten Leitung ihres Dirigenten Gutes zu leisten imstande ist. Komische und musikalische Vorträge wechselten ab. Stürmisch begrüßt, trug Frau Klippenstein einige Lieder vor, welche bei den Anwesenden wahre Beifallsstürme auslösten. Die Begrüßungsansprache unseres Vorsitzenden, Kollegen Gill, war von dem Gedanken getragen, daß es keinen Unterschied gibt in der Gewerkschaftsbewegung zwischen Süd und Nord, sondern wir alle am gleichen Strang ziehen, um die wirtschaftliche Lage des Arbeiters zu verbessern und von diesem Gedanken möge die Generalversammlung getragen sein, dann wird es auch möglich, den Gewerkschaftsverein zu haben, zum Wohle der gesamten Arbeiterklasse. Ein Theaterstück, von Kollegen unter Mitwirkung von Fr. Schimpfle sowie Fr. Schumacher gespielt, trug zur Verschönerung des Abends bei. Bis in die frühen Morgenstunden hielt der Tanz die Freunde und Bekannten zusammen und die Anwesenden trennten sich in dem Bewußtsein, vergnügte Stunden mit ihren Freunden aus Süd und Nord, aus Ost und West verbracht zu haben. Möge sich auch die Generalversammlung nur von dem einen Gedanken leiten lassen: „Einer für Alle, Alle für Einen!“

D. D e m p f, Schriftführer.

Vorbereitung.

Zuzug ist fernzuhalten nach Breslau (Linke-Hofmann-Werke), Danzig (Schichauwerft), Gotha (Steckpianosfabrik).

Der Streik und die Aussperrung in den Linke-Hofmann-Werken.

(Das gestellte Ultimatum und die Ablehnung.)

Nachdem die 21. Woche im Kampfe der Arbeiter verstrichen ist, versammeln sich heute morgen erneut die Streikenden und Aussperrten, um Stellung zu nehmen zu dem Ergebnis der letzten Verhandlungen und der Haltung der Direktion der Linke-Hofmann-Werke. Seit Anfang Mai während die Verhandlungen zwischen einer Kommission der Arbeiter und der Direktion, doch ist es zu einem annehmbaren Resultat für die Arbeiter trotz aller Mühe nicht gekommen. Es sahien nun, als ob die Direktion die Verhandlungen überdrüssig sei, denn ganz unerwartet stellte sie am Freitag, den 5. Juni, ein Ultimatum, wonach alle gemachten Zugeständnisse zurückgezogen werden, wenn die Arbeiterschaft sich bis Sonntag, den 6. Juni, nachmittags 3 Uhr, nicht in zustimmendem Sinne erklärt. Noch vor Ablauf des Ultimatum machte Herr Gewerkschaftsleiter Bauer einige Vergleichsvorschläge, welche eine Sicherung der früheren Verdienste für die Arbeiter, als wie auch für beide Teile befriedigende Form bei Neuverhandlung von Akkordpreisen bedeutete. Da die Direktion schon bei einer früheren Verhandlung erklärt hatte, daß auch sie die Auffassung habe, daß die früheren Verdienste, deren Weiter-

bestehen den Hauptzweck der Bewegung bildet, auch nach Aenderung der Akkorde erreicht werden, so war umsomehr anzunehmen, daß diese Vergleichsvorschläge des Herrn Bauer bei der Direktion Zustimmung finden würden. Auch hatte die Direktion schon Mitte Mai erklärt, daß bei den Akkorden, wo bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit ein ausreichender Verdienst nicht zustande kommt, dann eine Nachprüfung vorgenommen wird. Da hier eine genügende Klarheit, wonach die früheren Verdienste der Arbeiter gesichert sind, nicht gegeben war, so konnte die Arbeiterschaft sich zu einer Aufnahme der Arbeit unter diesen Bedingungen nicht verstehen. Deshalb hatten auch die Vertreter der Arbeiter zu den Vergleichsvorschlägen des Herrn Bauer ihre Zustimmung gegeben. Die Direktion war wohl damit einverstanden, daß die bisher noch nicht reduzierten Akkordpreise auch ferner bestehen bleiben, ebenso die schon reduzierten Akkordpreise, wo trotzdem ein Mehrverdienst von 50 % erreicht wurde, vorausgesetzt, daß technische oder materielle Veränderungen nicht stattfinden. Aber eine Erhöhung derjenigen Akkordpreise, wo ein entsprechender Verdienst nicht erreicht wird, wurde strikte abgelehnt. Auch erklärte die Direktion, daß die zurzeit festgesetzten Akkordpreise nicht geändert werden, d. h. also die schon vorgenommenen Reduzierungen werden nicht aufgehoben, vielmehr bleiben dieselben bestehen.

Auch wurde bezüglich der Garantierung der Rechte der Arbeiterschaft keine genügenden Zugeständnisse gemacht. Ebenso wegen der WiederEinstellung der alten Arbeiter ist seitens der Direktion ausdrücklich erklärt worden, daß wohl bis zum 15. August bei Bedarf von Arbeitskräften fremde Arbeiter nicht eingestellt werden, bevor die an der Bewegung Beteiligten nicht berücksichtigt sind, jedoch hat diese Bestimmung auf die Einstellung derjenigen Arbeiter, mit denen die Firma jetzt schon in Verbindung steht, keine Gültigkeit.

Dies Angebot der Direktion wurde in sechs Versammlungen den Streikenden und Aussperrten unterbreitet. Bei der Berichterstattung wurde erwähnt, daß die Direktion das Ultimatum nur bis Montag, den 8. Juni, nachmittags 3 Uhr, verlängert habe. Schon bei der Berichterstattung machte sich die Unzufriedenheit bei den Beteiligten bemerkbar und als den Versammelten mitgeteilt wurde, daß sie heute über Annahme oder Ablehnung der Aufnahme der Arbeit unter diesen Bedingungen zu entscheiden haben, wurde in fast sämtlichen Versammlungen ein vielseitiges „Nein“ geäußert.

In der Diskussion, welche nach der Berichterstattung stattfand, erklärten sich sämtliche Redner und zwar in allen Versammlungen gegen die Annahme dieser Bedingungen, welche als vollständig ungenügend bezeichnet wurden. Verschiedene Redner betonten, daß die Direktion oftmals gesagt habe, die Arbeiter mögen nur Vertrauen zur Firma haben und die Arbeit aufnehmen; dies wäre aber unter solchen Bedingungen unmöglich, denn die Haltung der Direktion trage nicht zur Hebung des Vertrauens bei. Wenn man schon sich weigert, die früheren Verdienste der Arbeiter auch für die Zukunft derselben in irgend einer Form zu sichern, dann müssen doch die Arbeiter annehmen, daß die beabsichtigten Verschlechterungen nicht aufgehoben sind.

Auf ausdrückliches Verlangen der Streikleitung fand eine geheime Abstimmung statt, welche folgendes Resultat zeitigte: Abgegebene Stimmen 3489; für Aufnahme der Arbeit waren 3, gegen Aufnahme der Arbeit zu den von der Direktion angebotenen Bedingungen 3482; unbeschrieben waren 4 Stimmzettel.

Aus diesem Abstimmungsergebnis ist klar und deutlich zu ersehen, daß die Arbeiter einmütig die berechnigte Ansicht vertreten: „Wir wollen unsere früheren Verdienste wieder haben und unser Einkommen uns nicht schmälern lassen.“ Wenn die Firma oder deren Interessentenvertreter bisher geglaubt haben, daß die Arbeiter durch den monatelangen Kampf müde geworden sind, dann wird diese Willenskundgebung

der Arbeiter ihnen eines Besseren belehrt haben. Es kann ohne weiteres auch an dieser Stelle gesagt werden und dieses ist auch in fast sämtlichen Versammlungen zum Ausdruck gekommen, daß auch die Arbeiter einen Frieden wünschen, jedoch einen solchen, welcher auch auf beiden Seiten ehrlich gemeint ist.

Aus den Friedensbedingungen muß klar und deutlich ersichtlich sein, daß auch für die Zukunft für die Arbeiterschaft zufriedenstellende Arbeitsbedingungen geschaffen sind. Nun haben doch die Arbeiter von Linke-Hofmann durchaus keine Forderungen gestellt, weder auf Lohn erhöhungen noch auf Verkürzungen der Arbeitszeit oder sonstiger Verbesserungen (in einigen Abteilungen besteht kein Stundenlohn, in einigen beträgt derselbe noch 34 Pf.). Trotzdem beharrt aber die Firma auf ihren Standpunkt, wonach sie in Zukunft weitere Lohn- bzw. Akkordpreiserhöhungen vornehmen kann, somit also neuen Konflikten der Boden geebnet ist.

Aus allen dies ist ersichtlich, daß die Streikenden und Aussperrten der Linke-Hofmann-Werke zu der Fortführung des Kampfes durch die Maßnahmen der Firma direkt gezwungen sind und eine andere Haltung zur Zeit nicht einnehmen konnten.

Literarisches.

Welche Rechte hat das uneheliche Kind und seine Mutter? Gemeinverständlich dargestellt und mit Frageformularen, Mustern und ausführlichen Kalendertabellen versehen von Richard Burgemeister. Gesehverlag L. Schwarz & Comp., Berlin S 14, Dresdener Straße 80. Preis M. 1,10. Taschenformat.

Wohl auf keinem Gebiete sind im Volke so irrige Ansichten verbreitet als in bezug auf die Rechte des unehelichen Kindes und seiner Mutter. Aufklärend und belehrend wirkt das von einem Fachmann bearbeitete Buch. Es behandelt die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes, Erbrecht, Legitimation, Annahme an Kindesstatt, Vormundschaft, die Verfolgung des Anspruchs auf Unterhalt, Schadenersatz und Entbindungskosten, Zwangsvollstreckungsverfahren usw. Dem Buche, in welchem auch zweidienliche Kalendertabellen für jeden Tag, Frageformulare und sonstige Muster enthalten sind, ist die weiteste Verbreitung zu wünschen und seine Anschaffung ist auch Pflägern und Vormündern zu empfehlen.

Briefkasten der Redaktion.

H. W., Greifswald. Derartige Zeitungen besitzen wir nicht. P. V.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 24. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig

Verlorenes Mitgliedsbuch.

Nachstehendes Mitgliedsbuch ist als verloren gemeldet und wird hiernit für ungültig erklärt: 8860 Alexander-Dirschau. Unterfertigung darf auf dieses Buch nicht gezahlt werden. Der Hauptvorstand.

Versammlungen des Ortsv. der Holzarbeiter Berlin.

Sonntag, den 13. Juni 1914: Robell- und Fabritschler. Abds. 8 Uhr, b. Schröder, Stettiner Str. 50, Gahlabend. Bezirk Ost und Möbelst. Abds. 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 65, Bezirksversammlung. L.-O.: Bericht von der Generalversammlung. Referent Kollege Gill. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, Lützowstr. 18, Bezirksversammlung. Bezirk Steglitz. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Gerech, Berlinstr. 1, Bezirksversammlung. Bezirk Weiskene. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wiedowild, Ede Part- und Viktorienstr., Gahlabend.

Sonntag, den 14. Juni 1914: Einseker. Vorm. 10 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalder Str. 221/23, Braugewerksversammlung.

Sonntag, den 20. Juni 1914: Bezirk Nord und Bauischler. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Mattausch, Brunnenstraße 143, Bezirksversammlung. Bezirk Südost und Klavierarbeiter. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wolfsläger, Adalbertstr. 21, Braugewerksversammlung. Bezirk West. Abds. 8 1/2 Uhr, b. Wende, Culmb. 31, Bezirksversammlung.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Soziale Kommission der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.) Groß-Berlin

Gemeinsame Gesellschaftsfahrt nach Rügen am 11. u. 12. Juli 1914

Alle Näheren durch die Ortsvereinsvorstände. Meldungen sind bis zum 14. Juni d. J. an den Vorsitzenden der Sozialen Kommission, Kollegen D. D e m p f, Berlin NO 55, Greifswalder Str. 221/23, zu richten.

Der Vorstand

Ortsverein Reutkölln.

Sonntag, den 20. Juni 1914
b. Kramer, Hermannstr. 199,
Versammlung.
Sollzähliges Erscheinen erwartet
Der Ausschuss.

Julius Trethar, Grimma
Kinderwagenfabrik
sendet Katalog,
auch Ersatzteile, Verdecke,
Räder,
Wagen-Modernisierung.

Großenhain. Der Arbeitsnachweis und die Anstaltsstelle in allen Rechtsfragen, Gesuchen u. dgl. befindet sich b. Koll. J. Hank, Fabrikstraße 1.

„Die Eiche“

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jahrgang 1913

auf feinem Schreibpapier gedruckt, sauber gebunden, ist für unsere Mitglieder, Vereinsbibliotheken und Verbandsgenossen zum Preise von Mark 3,50 einschließlich Porto zu beziehen durch die Expedition in Berlin NO, Greifswalder Straße Nr. 221-23.

Frühere Jahrgänge kosten nur Mark 2,50 p. Exemplar.

Bestehend aus Vorträgen (Gewerkschaftslieder), humoristischen Vorträgen und Ganz.

Eintritt und Garderobe frei.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Verwaltung.

S. WENZEL, Hermannstr. 199,
Versammlung.
Sollzähliges Erscheinen erwartet
Der Ausschuss.

Kachen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 1,25 M. Reiseunterstützung auf dem Arbeitersekretariat Kachen, Jülicher Str. 77.

Postkarte:
Ausserordentliche Mitgliederversammlung.
„Die Gewerkschaften als politische Vereine.“

Referent: W. Wroczlowski-Danzig.
Wir erwarten, daß jeder Kollege erscheint.
Der Vorstand.

sendet Katalog,
auch Ersatzteile, Verdecke,
Räder,
Wagen-Modernisierung.

Spandau. Die Meldestelle für arbeitslose Kollegen des Ortsv. der Holzarbeiter befindet sich Poststr. 6 (Restaur. zum Türflügel). Fernspr. 659.